

Bundestagswahl 2013 | 26.09.2013 | Lesezeit 2 Min.

Für Europa, gegen Steuererhöhungen!

Welche wirtschaftspolitischen Botschaften lassen sich aus dem Wahlergebnis ableiten, auch wenn noch Unklarheit über die konkrete Zusammensetzung der Regierung besteht. Die Antwort auf diese Frage gibt Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft.



Die erste wirtschaftspolitische Botschaft der Wahl lautet: Der Kurs der Bundesregierung für eine konstruktive Strategie in Europa zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise ist bestätigt worden. Trotz der unerwartet vielen Stimmen für die Antieuropapartei gilt, dass die überwältigende Mehrheit der Deutschen die Europapolitik der Regierung Merkel trägt.

Auch wer von den Partnern in der Europäischen Währungsunion darauf hoffte, dass

durch einen Regierungswechsel hin zum linken politischen Spektrum ein Strategiewechsel zu einer laxen Finanzpolitik möglich wäre, der sollte grundlegend ernüchtert sein. Die Wähler schreiben den Krisenländern ins Stammbuch, dass sie erst zuhause die Probleme lösen müssen und dann erst mit Unterstützung ihrer Partner rechnen können.

Steuererhöhungen abgewählt

Die zweite Botschaft der Wahl lautet: Alle Parteien, die Steuererhöhungspakete in ihren Wahlprogrammen hatten, sind vom Wähler abgestraft worden. Die Grünen sowie die Linke haben stark an Zustimmung verloren, und die SPD ist aus dem 25-Prozent-Loch kaum herausgekommen. Die Wähler erkennen offenkundig sehr deutlich, was Steuererhöhungen an Verunsicherung auslösen. Eine künftige Bundesregierung kommt an diesem Votum nicht vorbei. Das stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Was ist zu tun?

Nachdem der Krisenpolitik der jetzt endenden Legislaturperiode ist nun alle Aufmerksamkeit auf das Geschäftsmodell Deutschland zu richten. Die Baustellen sind eindeutig markiert: Die Investitionen schwächeln, und angesichts des demografischen Wandels - Alterung und schrumpfende Bevölkerung - bestehen nur begrenzte Aussichten auf ein dynamisches Wachstum. Deshalb muss alles getan werden, was die Produktivität erhöht und das Arbeitsvolumen steigert.

Mehr Geld für die Bildung

Zur Produktivitätssteigerung ist etwa in punkto Bildungsinvestitionen in der vergangenen Dekade schon viel geschehen. Schulen und Universitäten müssen jedoch weiterhin angemessen finanziert werden. Gleichzeitig müssen die Bedingungen für Forschung und Entwicklung durch eine allgemeine steuerliche Förderung verbessert werden.

Darüber hinaus sollte die Infrastruktur gestärkt werden. Dabei ist auch eine Finanzierungsbeteiligung der Nutzer akzeptabel, wenn die Mittel z.B. verlässlich in den Verkehrshaushalt fließen.

Zur Ausweitung des Arbeitsvolumens sind längere Lebensarbeits- und Jahresarbeitszeiten, aber auch höhere Erwerbsquoten und eine gesteuerte

Zuwanderung erforderlich.

Nicht zuletzt wird die Regierung daran arbeiten müssen, Europa in den kommenden Jahren weiterzuentwickeln. Die Frage lautet: Welche Kompetenzen gehören auf die europäische Ebene und welche nicht? Das Subsidiaritätsprinzip darf nicht auf den Kopf gestellt werden – Brüssel darf sich nicht immer weitere Eingriffsrechte sichern.

Kernaussagen in Kürze:

- Die erste wirtschaftspolitische Botschaft der Wahl lautet: Der Kurs der Bundesregierung für eine konstruktive Strategie in Europa zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise ist bestätigt worden.
- Alle Parteien, die Steuererhöhungspakete in ihren Wahlprogrammen hatten, sind vom Wähler abgestraft worden.
- Zur Ausweitung des Arbeitsvolumens sind längere Lebensarbeits- und Jahresarbeitszeiten, aber auch höhere Erwerbsquoten und eine gesteuerte Zuwanderung erforderlich.